

23.3.2022

HRK-Senat zu Folgen des Kriegs in der Ukraine

Die Mitglieder des Senats der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zeigten sich äußerst betroffen über die aktuelle Situation in der Ukraine und die Auswirkungen des Krieges auf die dortigen Hochschulen und die Studierenden und Forschenden im Land. Sie tauschten sich am Dienstag in digitaler Sitzung insbesondere über den Umgang mit Geflüchteten aus.

Die Hochschulen versuchen intensiv, ukrainische Studierende und Wissenschaftler:innen, die nach Deutschland geflüchtet sind, mit raschen Maßnahmen zu unterstützen. U. a. wird Studierenden kurzfristig und unter Erlass von Gebühren ein Gasthörerstatus angeboten, damit sie schnellstmöglich ihr Studium fortsetzen können.

„Für den möglichst problemlosen Übergang sind Sprachkurse, fachliche Vorbereitungskurse und Stipendien besonders wichtig. Hierfür brauchen die Hochschulen zusätzliche staatliche Mittel“, so HRK-Präsident Prof. Dr. Peter-André Alt. „Wir sind sehr froh, dass auf Landes- und Bundesebene sofort ein intensiver Austausch zwischen Hochschulen, Förderorganisationen und Politik etabliert wurde. Als zentrale Kontaktstelle wird die ‘Wissenschaftsbrücke Ukraine’ wichtige Dienste leisten. Wir sind dem DAAD dankbar, dass er diese Plattform koordiniert.“

In diesem Rahmen müssten nun zügig eine Reihe konkreter finanzieller und rechtlicher Fragen geklärt werden. Das betreffe neben der Sicherung der finanziellen Lebensgrundlage der ukrainischen Studierenden und der Erweiterung der Kapazitäten von Sprachkursen auch die Schaffung von Betreuungsmöglichkeiten für die zahlreichen Kinder, die in Begleitung Studierender und Wissenschaftler:innen nach Deutschland kommen, die psychologische Unterstützung und Beratung der Geflüchteten in ihrer Muttersprache, aber auch angemessene Regelungen für Studierende aus Drittstaaten, die bislang in der Ukraine studiert haben.

Präsident Alt: „Die aktuelle Situation und die Diskussion im HRK-Senat belegen im Übrigen erneut, wie wichtig es ist, die so genannten Kleinen Fächer zu pflegen und zu stärken, zu denen auch Regionalwissenschaften wie beispielsweise die Mittel- und Osteuropaforschung gehören.“